

E d i t o r i a l

Hallo liebe Leser,
 die Temperaturen steigen und die Klausuren rücken näher. Das kann nur eines bedeuten: Das Sommersemester neigt sich bereits wieder dem Ende entgegen. Sicher befindet auch ihr euch mitten zwischen Klausuren, Lernstress gegen Ende des Semesters und dem WM-Trubel, der trotz der vorzeitigen Abreise der mexikanischen Nationalmannschaft ganz Göttingen und Deutschland erfasst hat.
 Seit unserer letzten Ausgabe hat sich der Konflikt um die Verteilung der Studiengebühren innerhalb der Universität weiter zugespitzt. Für uns Grund genug, über dieses Thema ausführlich zu berichten.
 Daneben widmen wir uns der Kürzung des Kindergeldes, der neuen Vizepräsidentin der Universität sowie den Problemen der indikatorgestützten Leistungsmessung und vielem mehr. Aber lest selbst!

Gerhard Riewe und Andrea Fiege

AUS DEM INHALT

Die Geister von HERAKLES und MERLIN
 Seite 3

Kein Kindergeld mehr!
 Seite 4

Änderungen bei Langzeitstudiengebühren
 Seite 6

KAMPF UM DIE KOHLE

STUDIENGEBÜHREN WECKEN BEGEHRlichkeiten BEI PROFESSOREN

von Andreas Lompe

An der Universität werden derzeit die Weichen dafür gestellt, was mit dem Geld aus Studiengebühren passiert. Für das Wintersemester haben die Fakultäten bereits konkrete Verwendungsvorschläge gemacht. In vielen Fakultäten gibt es auch bereits Vorstellungen für die Zeit ab 2007.

Bekanntlich müssen ab kommendem Wintersemester Erstsemester Studiengebühren in Höhe von 500 Euro zusätzlich zu den Rückmeldegebühren bezahlen. Inzwischen ist geklärt, dass Studierende, die im Wintersemester im ersten Semester einen Master-Studiengang studieren, nicht bezahlen müssen. Ab Sommersemester 2007 gelten die Studiengebühren von 500 Euro dann für alle Studierenden.

GEGEN STUDIENGEBÜHREN SEIN UND TROTZDEM DAS BESTE DARAUS MACHEN

Die ADF lehnt die Einführung von Studiengebühren weiterhin ab. Trotzdem wäre es – jetzt wo das Gesetz beschlossen ist – unverantwortlich, die Planung der Verwendung der Studiengebühren alleine Universitätsleitung

und Professoren zu überlassen. Deshalb haben wir, der AstA sowie diverse Fachschaften die Studierenden um Vorschläge gebeten. Diese konnten jedoch bis jetzt nur zum Teil berücksichtigt werden. Nicht in allen Fakultäten wurden die Vorschläge in den Studienkommissionen von

Professoren, Mitarbeitern und Studierenden erarbeitet. Zum Teil wurden die Anträge aber auch allein von den Einrichtungen und Professuren gestellt. Bei diesem Vorgehen besteht jedoch die Gefahr, dass die Maßnahmen nicht aus einem globalen Blickwinkel der Studierenden, sondern aus

dem individuellen Blickwinkel der Dozenten entwickelt werden.

GELD DER ERSTSEMESTER WIRD VERTEILT

Aktuell wird über Maßnahmen aus den Studiengebühren der
Fortsetzung auf Seite 2



So sehen Sieger aus. Wie in jedem Jahr beteiligten sich auch in diesem Jahr Tausende Studierende an den wegen Dauerregens auf Ende Juni verlegten DIES-Wettbewerben. Grundlage für jeden Erfolg ist natürlich die Wahl des richtigen Fitnessgetränks.
 Foto: Osterhoff

Fortsetzung von Seite 1

Erstsemester entschieden. Diese Maßnahmen sollen sich möglichst zielgerichtet an die Erstsemester richten, die auch die Zeche zahlen. Aber an einigen Stellen werden auch Studierende höheren Semesters von den Maßnahmen profitieren. Die Fakultäten haben Vorschläge eingereicht, die auf zentraler Ebene beraten wurden. Im Großen und Ganzen waren sich diese Maßnahmen relativ ähnlich. Schwerpunkte sind mehr Mittel für Tutorien, zusätzliche Studienberatung und die Anschaffung neuer Lehrbücher. Aber auch Anträge auf fachspezifische Maßnahmen wurden eingereicht.

Die zentrale Senatsarbeitsgruppe Studienbeiträge hat Anträge, mit denen lediglich Haushaltsmittel substituiert werden sollten, zurückgewiesen. Einige Anträge, die nicht plausibel oder unzureichend begründet waren, wurden zur Überarbeitung an die Fakultäten zurückverwiesen. Bis

zum 8. Juli haben die Fakultäten Zeit, beanstandete Anträge zu überarbeiten oder alternative Anträge einzureichen.

STUDIERENDE UND PROFESSOREN RINGEN UM EINFLUSS BEI MITTELVERWENDUNG

Parallel zur Verteilung der Mittel im Wintersemester wird auch ein allgemeines Verfahren für die Zeit ab Sommersemester 2007 erarbeitet (siehe Wadenbeißer Nr. 64). Hier wird hinter den Kulissen hart gerungen, denn die Mehrheit der Professoren in den Fakultäten möchte möglichst viel Einfluss auf die Mittelvergabe haben und möglichst wenig Transparenz. Jahrelang haben sie die Studiengebühren als Lichtblick am Horizont in der allgemeinen Finanzkrise gesehen. Da ist es für die Professoren keine angenehme Aussicht, dass dieses Geld nun zielgerichtet zur Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen ausgegeben werden soll und ihnen nicht

zur mehr oder weniger freien Verfügung steht.

ARBEITSRECHTLICHE PROBLEME BEI ZUSÄTZLICHEM LEHRPERSONAL

Aus rechtlichen Gründen als problematisch hat sich die zunächst in vielen Bereichen überlegte Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal herausgestellt. Stellen von reinem Lehrpersonal können aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht befristet werden. Und Stellen zu schaffen, die nicht befristet sind, kommt nur in sehr begrenzten Ausnahmefällen in Frage, wenn sich die Fakultäten nicht in unverantwortbarer Weise ihres Handlungsspielraums berauben wollen. Denn dass die Studiengebühren die nächsten 40 Jahre als zusätzliche Mittel an die Hochschulen fließen ist keinesfalls sicher. Studiengebühren könnten wieder abgeschafft werden oder – was vielleicht wahrscheinlicher ist – die Zuweisungen des Landes

könnten irgendwann um die Einnahmen aus Studiengebühren gekürzt werden. Die Fakultäten müssten dann die Kosten für das zusätzliche Lehrpersonal durch schmerzhaft Einsparungen an anderer Stelle aufbringen.

LEHRAUFTRÄGE FÜR WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER MÖGLICHE LÖSUNG

Es gibt jedoch mit der Erteilung von Lehraufträgen einen unproblematischen Weg, mit dem in vielen Fällen ebenfalls eine Verbreiterung des Lehrangebots erreicht werden kann. Über Lehraufträge können externe Dozenten oder auch die vorhandenen wissenschaftlichen Mitarbeiter der Universität semesterweise für einzelne zusätzliche Veranstaltungen angestellt werden.

Damit ergibt sich eine kostengünstige Möglichkeit, beispielsweise die Betreuungsverhältnisse ohne großen Aufwand merklich zu verbessern.

"KLEINE FÄCHER" IM PRÄSIDIUM

Senat wählt neue Vizepräsidentin

von Andre Dorenbusch

Am Mittwoch, den 21. Juni, hat der Senat der Universität Frau Prof. Dr. Brigitte Groneberg mit der erforderlichen Mehrheit seiner Mitglieder zur neuen Vizepräsidentin gewählt.

Frau Groneberg vertritt in Göttingen das Fach Altorientalistik (vormals Keilschriftforschung), eines der possierlichsten ‚kleinen‘ Fächer an unserer Universität. Nach Studium in Tübingen und Münster wurde sie 1975 – ebenfalls in Münster – aufgrund einer Arbeit zum hymnisch-epischen Dialekt der altbabylonischen Texte promoviert. Im Jahre 1985 habilitierte sie sich in Tübingen über Syntax, Morphologie und Stil der jungbabylonischen "hymnischen" Literatur. Nach Aufhalten u.a. in Chicago, Paris und Syrien folgte 1989 ein Ruf an die Universität Hamburg; zehn Jahre später wurde sie nach Göttingen berufen.

In der Forschung beschäftigt sich

Frau Groneberg insbesondere mit den ältesten semitischen Sprachen, die als das Akkadische bezeichnet werden, sowie mit Literatur, Kultur- und Religionsgeschichte des Zweistromlandes. In einem aktuellen Projekt entsteht eine digitale Datenbank über die lexikalischen Texte, die aus Ausgrabungen im nordirakischen Assur hervorgegangen sind.

Frau Groneberg war bislang Mitglied der Studienkommission sowie der Struktur- und Haushaltskommission an der Philosophischen Fakultät; seit letztem Wintersemester gehört sie auch der Zentralen Kommission für Studium und Lehre an.

Im Präsidium folgt Frau Groneberg dem ausscheidenden Physiker Prof. Dr. Reiner Kree im Ressort Studium und Lehre nach. Dieser hatte das Amt vier Jahre lang innegehabt, in denen die Bedeutung des Ressorts u. a. durch die Umsetzung des

Bologna-Prozesses stetig zunahm. Eine Wiederwahl Krees scheiterte an der Intervention der Fakultäten, welche ihn für Verfehlungen bei der Einführung von BA/MA-Strukturen in Göttingen verantwortlich machten. – Nicht immer zu Recht.

Auch Brigitte Groneberg wird es sicherlich schwer haben, Sympathien zu binden; das Amt bringt



Prof. Dr. Brigitte Groneberg

es mit sich, unpopuläre Entscheidungen zu treffen oder umsetzen zu müssen. Dennoch wird es wohl keine Gnadenfristen oder Einarbeitungszeiten geben, ist doch die Umstellung der Studienstrukturen in den meisten Fächern gerade in vollem Gange.

Viele Probleme, teils sicher heute noch gar nicht richtig antizipierbar, werden im Wintersemester erstmals auftreten und ein gutes Krisenmanagement erfordern. Wie üblich werden die Fakultäten geradezu Schlange stehen, jede Verantwortung in Richtung der Zentrale von sich zu weisen; der Erfolg Gronebergs im Amt wird also nicht unerheblich davon abhängen, wie es ihr gelingt, sich nicht zwischen solcherlei Befindlichkeiten zermalmen zu lassen, sondern an der Sache orientiert die jeweils günstigsten Lösungen zu finden. Der Wadenbeißer wünscht ihr dabei eine glückliche Hand.

DIE GEISTER VON HERAKLES UND MERLIN

Fakultäten im Dschungel der Autonomie

von Andre Dorenbusch

Wenn griechische und keltische Mythologie in einen Topf geworfen werden, so kann man vermuten, kommt nichts Gutes dabei heraus. Die Universität Göttingen hatte es dennoch versucht.

Nach der Einführung des Globalbudgets für die Gesamtuniversität im Jahre 2001 wurde schnell das Projekt HERAKLES entwickelt, das weitere Dezentralisierung der Mittelverantwortung, also die Schaffung von durch die Fakultäten jeweils eigenständig bewirtschafteten Budgets, vorsah. Seit inzwischen drei Jahren ist dies an allen 13 Fakultäten umgesetzt.

Parallel entwickelt wurde das Projekt MERLIN („Messung der Effektivität des Ressourceneinsatzes und universitärer Leistungen durch Indikatoren“) als sozusagen obligatorische Kehrseite von HERAKLES. Die Fakultäten sollten Rechenschaft über die Mittelverwendung ablegen, die wiederum Grundlage für wiederkehrende Budgetverhandlungen mit der Zentrale hätten sein können.

RÜCKGEKOPPELTE AUTONOMIE – EIN ZAUBERHAFT STARKES KONZEPT

Wer die Universitätsmittel ineffizient einsetzt, bekommt bei der nächsten Zuteilung weniger – so der Gedanke. Auf diese Weise sollte der Autonomie der Fakultäten ebenso Rechnung getragen werden wie der gesetzlich geforderten Stärke des Präsidiums – im Sinne der jeweiligen Namensgeber also ein gleichsam starkes wie zauberhaftes Konzept, die sogenannte rückgekoppelte Autonomie.

Aber ganz so kam es ja nicht. MERLIN ist schon seit geraumer Zeit tot (s. Wadenbeißer Nr. 60 vom 6. Juni 2005). An seine Stelle getreten ist FACTScience – im Jargon der Anwender gern auch

„FAKEScience“ genannt –, eine aus der Medizin in die Gesamtuniversität überführte Software zur Erfassung von Drittmittel- und Publikationsdaten, insbesondere für eine leistungsorientierte Mittelvergabe in der Forschung (LOMF). Für jeden eingeworbenen Euro an Drittmitteln (z.B. von der DFG) erhält ein Professor dann LOMF-Punkte; und für Publikationen ebenfalls.

FACTSCIENCE: LEISTUNGSORIENTIERTE MITTELVERGABE MIT VIEL AUFWAND UND OHNE WIRKLICHEN ANREIZ

Nun ist das nicht gerade eine umfassende Darstellung von Forschungsleistung, der jeweils zu erwartende Ertrag ist den entstehenden Aufwand nicht wert (wer 100.000 € eingeworben hat, muss sich nicht mehr um die 1.000 € aus LOMF sorgen), das System hat in der Praxis also für wenige Anreize und viel verzweifertes Kopfschütteln gesorgt. FACTScience hat es also weder geschafft, noch hat es überhaupt das Potential, die Idee von MERLIN zu ersetzen. Das eigentliche Problem dabei war auch schon vor zwei Jahren bekannt: „Entscheidungen werden zwar schneller und sachgerechter gefällt, die Mittelverwendung kann effizienter erfolgen, weil sie von den Verantwortlichen für Forschung und Lehre gesteuert wird. Andererseits sind gesamtuniversitäre Ziele in diesem Modell nicht ohne weiteres verfolgbar und es besteht die Gefahr, dass historische Besitzstände von Fakultäten, die im festgestellten Haushalt enthalten sind, ungefragt zementiert werden. Um den Risiken entgegenzuwirken, braucht die Universität ein transparentes System der Budgetierung.“ (Vizepräsident Kree im Wadenbeißer Nr. 55 vom 7. Juni 2004)

Wie war das? Historische Besitzstände werden ungefragt zementiert?

Allem Anschein nach ist das eine sehr treffende Beschreibung der Realität. Die Fakultäten haben eine Erwartung an die Wiederzuweisung der jeweils bisherigen Mittel entwickelt – und scheinen beiläufig vergessen zu haben, dass es von Anfang an Teil der Spielregeln war, dass z.B. die Gesamtuniversität treffende Lasten auch auf sie umgelegt werden. Das geschieht derzeit z.B. für das Energiekostendefizit (die Universität hatte ja im letzten Jahr leider einen Zukunftsvertrag mit dem Land unterzeichnet, der die Mittelzuweisungen für fünf Jahre einfriert und auch schlechende Kürzungen vorsieht, kann sich also schlechterdings aus der Verantwortung ziehen) wie auch den Ausfallfonds für die Studienbeiträge (der selbstverständlich nicht aus Studienbeiträgen selbst getragen werden kann, zumal weder die Zweckbindung zur Verbesserung in der Lehre erfüllt ist, noch man es sonderlich gerecht nennen könnte, wenn die Studierenden als finanziell ohnehin nicht sonderlich leistungsfähig auch noch ihren eigenen Versicherungsdienstleistungen mimen sollten).

STUDIENBEITRÄGE: WETTBEWERB STATT KARTELLN

Gleiches zeigt sich heuer in der Verteilungsdebatte um die Studienbeiträge. Diverse Fakultäten fordern vehement eine direkte Zuweisung nahezu aller Mittel; alles andere führe ja die Fakultätsautonomie ad absurdum. Das hat nun weniger etwas mit dem Dienste an den Studierenden zu tun, sondern vielmehr damit, möglichst viele Mittel sicher an die Fakultät zu holen. Wettbewerb ist ja bekanntlich auch nur dann effizient, wenn

man kein Kartell bilden kann. Und Wettbewerb ist dann gefährlich, wenn man der Meinung ist, nicht zumindest ebenso gute Verwendungsideen zu haben wie die anderen.

Dabei geht es den Verfechtern des Mischmodells aus dezentraler und zentraler Entscheidungskompetenz gar nicht primär um Umverteilungen zwischen den Fakultäten. Vielmehr sollen Spielräume für die gesamtuniversitären Interessen vorhanden bleiben, sollen gute Ideen belohnt und dafür gesorgt werden, dass nicht in einzelnen Bereichen die berühmten goldenen Wasserhähne den Flickenteppichen anderer Bereiche gegenüberstehen. Nun sind die Studienbeiträge nicht das Universitätsbudget, aber es geht letztlich ebenso um die Effizienz der Mittelverwendung, wie damals bei HERAKLES und MERLIN, als jener noch nicht tot war.

Wie aber soll es eigentlich weitergehen? Aus Sicht der Fakultäten sind ihre Befindlichkeiten nur allzu verständlich. Ihnen stehen immer weniger Mittel zur Verfügung, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Vielfach kann man auch kaum noch von effizienter Gestaltung sprechen; es geht mehr um die Verwaltung von Mängeln. Gerade die Verwaltung ist aber auch ein Problem der Dezentralisierung. Der bürokratische Mehraufwand ist beträchtlich, wurden doch zumindest die Dekanate jeweils deutlich aufgebläht und diverse sogenannte Dienstleistungszentren geschaffen, um das Nötige überhaupt leisten zu können.

Man kann mit Recht fragen, ob das in allen Fällen effizient ist. Zwar gelingt es auch in diesen Zeiten den meisten Fakultäten immer noch, Rücklagen zu bilden, doch sind diese in der Regel für spätere Sparverpflichtungen aus den „Hochschul-

optimierungskonzepten fest eingeplant. Die Zukunft muss deshalb wohl anders aussehen, und das geht möglicherweise auch an die Struktursubstanz. Irgendwann muss man die Frage stellen: Brauchen wir eigentlich 13 Fakultäten?

13 FAKULTÄTEN – ZEITGEMÄSSER WEG IN DIE ZUKUNFT?!

Die Universität hat in ihrer lebendigen Geschichte schon viele Gesichter gehabt, sie hatte ebenso schon mehr als auch weniger Fakultäten als heute, ohne dass die Fächer Vielfalt dabei unbedingt eine andere wäre. Auch heute ist nur eine Fakultät gottgegeben, viele sind auseinander heraus entstanden, und das war sicher sinnvoll, solange sie vor allem eine Gliederungsebene waren.

Heute aber bedarf es einer gewissen kritischen Masse, um als autonome Fakultät dauerhaft wirtschaftlich überlebensfähig zu sein. Ohne konkret werden zu müssen, dürfte das derzeit nicht immer zutreffen, und so werden wir in den nächsten Jahren sicherlich die eine oder andere Fusionsdiskussion führen müssen.

Das muss nun für Studierende nicht schlecht sein, geht es ihnen doch vorwiegend um das Funktionieren ihrer Studiengänge, die schon heute in vielen Fällen nicht natürlich einer Fakultät zuzuordnen sind, und die praktisch nie ohne Interaktion mit anderen auskommen. Solange es bei klaren Zuständigkeiten bleibt, ist es also gar nicht so wichtig, an welcher Struktur ein Studiengang angebunden wird, und die meisten dürften im Studium wohl nicht einmal

bemerkend, wenn sich da etwas ändert. Insofern ist wohl auch übertriebene Besorgnis nicht angebracht.

Natürlich ist und bleibt derzeit letztlich ziemlich unklar, wohin

diese Universität geht. HERAKLES ist umgesetzt. MERLIN ist tot. Aber es gibt ja da noch viele mythologische Gestalten, die uns Vorbild für neue Entwicklungslinien werden können.

Der Wadenbeißer im Netz

WADENBEISSER-ARCHIV IM INTERNET

Immer wieder werden wir gefragt, wo man auch ältere Ausgaben des Wadenbeißers bekommen kann, da wir uns in unseren Artikeln desöfteren auch auf frühere Ausgaben beziehen. Die Antwort ist einfach: Seit mittlerweile fünf Jahren stellen wir zeitgleich mit Beginn der Verteilung der gedruckten Ausgabe den Wadenbeißer in elektronischer Form auf unserer Webseite

www.wadenbeisser-online.de

zum Download bereit. Im Wadenbeißer-Archiv liegen alle Ausgaben, die seit Oktober 2000 erschienen sind (ab Nr. 25), im pdf-Format.



KEIN KINDERGELD MEHR!

Studienfinanzierung wird schwieriger / Umsetzung startet in 2007

von Kai Horge Oppermann

Die Studienfinanzierung in Deutschland wird immer schwieriger. Überall wird gekürzt, es werden Beiträge erhöht oder Gebühren eingeführt.

Diesmal will die Bundesregierung ein paar Euro sparen, und wo? Bei uns Studierenden! Genaue gesagt beim Kindergeld. Für viele Studierende und ihre Familien ein wichtiger Teil der Studienfinanzierung. Zur Zeit haben Eltern von Kindern in Ausbildung noch bis zur Vollendung ihres 27. Lebensjahres einen Anspruch auf das Kindergeld. Wehr- oder Zivildienst verlängern den Anspruch zusätzlich um diese Monate. Am 29. Juni hat nun der Bundestag beschlossen, den Anspruch auf Kindergeld um zwei Jahre zu verkürzen. Damit setzte sich der Gesetzgeber einmal mehr über Warnungen der Hochschulrektorenkonferenz, des Deutschen Studentenwerks und des fzs, dem Bundesverband der Studierendenenschaften, hinweg.

WER IST AUF DIESES GELD ANGEWIESEN?

Vor allem in der Studienfinanzierung durch die Eltern bilden die 154 Euro im Monat eine wichtige Säule. Viele Eltern werden den Wegfall nicht aus eigenen Mitteln kompensieren können – vor allem dann, wenn mehr als ein Kind in der Ausbildung ist. Mit der Kindergeldzahlung sind auch viele andere Unterstützungen verbunden (z.B. Kinderfreibeträge, Ortszuschläge, Krankenversicherung über die Eltern, Versicherungen). Aber allein die jährlich 1848 Euro Kindergeld sind ein dicker Batzen für viele Familien. All dies geschieht zu einer Zeit, in der immer wieder davon geredet wird, dass mehr Bildungsbeteiligung aller sozialen Schichten angestrebt wird und die Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf.

Denn bekanntlich bitten auch die Landesregierungen mit

den neu eingeführten Studiengebühren ab 2007 ihre Studierenden für ihre Bildung zur Kasse. Insgesamt fehlen dann im Jahr ca. 3.000 Euro in der Kasse. Diese Summe anders zu finanzieren, wird sicher kein schnelleres Studium provozieren, wie die Bundesregierung behauptet, eher wird die Abbrecherquote zunehmen sowie die Notwendigkeit von Nebenjobs die Studiendauer ansteigen lassen.

JAHRGÄNGE AB 1983 VOLL BETROFFEN

Konkret beginnt die Umsetzung der Kürzung Anfang 2007. Der Jahrgang 1982 wird noch bis zum Ende des 26. Lebensjahres das Kindergeld bekommen, die Jahrgänge 1983 und jünger nur noch bis Ende des 25. Lebensjahres.

Besonders betroffen sind bei dieser Kürzung diejenigen, die vor dem Studium noch andere Erfahrungen machen wollen,

die eine Berufsausbildung absolvieren, den zweiten Bildungsweg bestreiten, zunächst eine Familie gründen oder einfach das Studium nicht in der Regelstudienzeit beenden wollen oder können. Also gerade die Menschen, die ohnehin schon Schwierigkeiten haben, werden so noch mehr gehindert, ihr Studium erfolgreich abzuschließen.

AStA VERURTEILT BESCHLUSS DES BUNDESTAGES

Der Göttinger AStA hatte in den Wochen vor der Verabschiedung des Gesetzes eine Unterschriftenaktion gegen die Kürzungspläne durchgeführt. Mehrere Hundert Unterzeichner machten deutlich, dass diese erneute Kürzung weder akzeptabel noch zielführend ist. Doch davon unbeeindruckt votierten die Koalitionsabgeordneten, auch die Göttinger, am vergangenen Donnerstag für den Gesetzentwurf.

VOM LEERSTUHL ZUM LEHRSTUHL

Wie die Universität zu ihren Professoren kommt

von Ralf Mayrhofer und Gerhard Riewe

Weit über vierhundert Professorinnen und Professoren lehren und forschen an unserer Universität, doch kaum ein Studierender weiß, wie sie hierher kommen: Sie werden berufen, durchlaufen also ein Berufungsverfahren, dessen Grundzüge wir im Folgenden einmal darstellen wollen.

FREIGABE UND AUSSCHREIBUNG

Voraussetzung ist in der Regel das Freiwerden einer Stelle. Dies passiert, wenn Professoren in den Ruhestand gehen oder den Ruf an eine andere Universität annehmen.

Sofern die Stelle keinen Sparmaßnahmen zum Opfer fällt, wird auf Antrag der Fakultät das Berufungsverfahren eingeleitet. Ein solches beginnt mit der Freigabe der Stelle durch das Präsidium. Mit der Freigabe wird die Grundausstattung und die fachliche Ausrichtung der Stelle festgelegt und der Ausschreibungstext durch den Fakultätsrat beschlossen.

DIE BERUFUNGSKOMMISSION

Die Berufungskommission (BK) ist der Dreh- und Angelpunkt des Berufungsverfahrens. Sie wird vom Fakultätsrat eingesetzt und besteht i. d. R. aus drei Professoren und je einem Vertreter von Studierenden, wissenschaftlichen Mitarbeitern und der Verwaltungsangestellten (MTV). Bei wichtigen Berufungen oder Mehrfachberufungen wird eine große Kommission mit fünf Professoren und je zwei Mitgliedern der anderen Gruppen gebildet, um ein größeres Fachspektrum sicherzustellen. Den Vorsitz der Kommission übernimmt ein Mitglied der Professorengruppe. Da die MTV-Vertreter kein Stimmrecht haben, ist in allen Fällen eine professorale Mehrheit gesichert. Erste Aufgabe der Berufungskommission ist die Sichtung der Bewerbungsunterlagen, die bis Ablauf der Bewerbungsfrist die Fakultät erreicht haben. Ziel der Sichtung ist eine Vorauswahl der Bewerber und somit eine Reduktion auf eine überschaubare Anzahl.

Diese in die engere Wahl genommenen Bewerber werden nun zu einem Gespräch und zur Abhaltung eines hochschulöffentlichen wissenschaftlichen Vortrags und/oder einer ebenfalls hochschulöffentlichen Probevorlesung nach Göttingen eingeladen. Anschließend werden über die verbliebenen Bewerber Gutachten von externen Wissenschaftlern eingeholt. Diese nehmen zu allen Bewerbern vergleichend Stellung.

Auf Basis aller gesammelten Informationen erstellt die BK abschließend eine nach Eignung gereichte Liste aus drei oder weniger Personen – dies ist der so genannte Listenvorschlag. Jedes einzelne Mitglied der Kommission kann einen Minderheitenvorschlag machen, wenn es der Mehrheit der BK nicht folgen möchte.

DER BERUFUNGSVORSCHLAG

Über den Listenvorschlag der BK und ggf. eingebrachte Minderheitenvorschläge beschließt der Fakultätsrat. Ergebnis ist der Berufungsvorschlag der Fakultät, der auch wieder eine Liste darstellt. Diesem kann auf Antrag einer Minderheitengruppe, etwa den Studierenden, ein Minderheitenvotum beigefügt werden.

STELLUNGNAHME DES SENATS

Der Senat, als höchstes Kontrollgremium der Universität, versteht sich in Berufsangelegenheiten als oberste Prüfinstanz vor der endgültigen Entscheidung. Er prüft die Einhaltung der formalen Erfordernisse des Verfahrens und kann den Berufungsvorschlag zur Nachbesserung an die Fakultät zurückverweisen oder einen Alternativvorschlag favorisieren.

DIR RUFERTEILUNG

Nach der Stellungnahme des Senats beruft das Präsidium im Einvernehmen mit dem Stiftungsrat einen Bewerber, i.d.R. die Nummer 1 der Liste.

BERUFUNGSVERHANDLUNGEN

Sofern der Auserkorene Interesse an der Stelle hat, tritt die Universi-

tät nun mit ihm in die so genannten Berufungsverhandlungen ein. Hier wird über die zusätzliche Ausstattung der Stelle mit Sach- und Personalmitteln verhandelt; dazu zählen etwa eine zusätzliche Ausstattung der Bibliothek oder zusätzliche Mitarbeiterstellen. Ebenso wird über zusätzliche Bezüge, so genannte Berufsleistungsbezüge, verhandelt, um besonders begehrte Kandidaten nach Göttingen zu locken.

DAS BERUFUNGSANGEBOT

Auf Grundlage der Berufungsverhandlungen unterbreitet das

Präsidium dem erwählten Kandidaten ein abschließendes Berufsangebots.

DIE RUFANNAHME ODER -ABLEHNUNG

Nimmt der Kandidat das Berufsangebots an, dann ist das Berufungsverfahren beendet und das Einstellungsverfahren wird eingeleitet. Lehnt der Kandidat das Angebot ab, dann wird i. d. R. dem zweitplatzierten auf der Liste ein Ruf erteilt. Ist die Liste abgearbeitet, so wird die Stelle neu ausgeschrieben und das Procedere beginnt von vorn.

Berufungsverfahren: Überblick

- | | |
|---|--|
| 1. Freigabe der Stelle (Präsidium) | - Festlegung der Grundausrüstung - Fixierung der fachlichen Ausrichtung |
| 2. Ausschreibung (Präsidium, Fakultätsrat) | - öffentlich in einer Fachzeitschrift und einer überregionalen Tages- oder Wochenzeitung - Bewerbungsfrist: 1–2 Monate |
| 3. Einrichtung einer Berufungskommission (Fakultätsrat) | - Zusammensetzung: 3 Professoren und je ein Vertreter der Studierenden, der wiss. Mitarbeiter und der Verwaltungsangestellten |
| 4. Vorauswahl der Bewerber (Berufungskommission) | - Sichtung der Bewerbungsunterlagen - Reduktion auf überschaubare Menge |
| 5. Begutachtung (Berufungskommission) | - Einladung der Kandidaten zu Gespräch, Vortrag, Vorlesung - Einholung vergleichender Fachgutachten von externen Wissenschaftlern |
| 6. Listenvorschlag (Berufungskommission) | - Aufstellung einer Liste aus den drei besten Kandidaten |
| 7. Berufungsvorschlag (FakRat) | - Verabschiedung der Liste durch den Fakultätsrat |
| 8. Senatsstellungnahme (Senat) | - Überprüfung des Verfahrens auf formale und inhaltliche Fehler - ggf. Zurückweisung an Fakultät |
| 9. Ruferteilung (Präsidium, Stiftungsrat) | - i. d. R. an Nummer 1 der Liste - Präsidium im Einvernehmen mit dem Stiftungsrat |
| 10. Berufungsverhandlungen (Präsidium) | - Verhandlung mit dem Berufenen über Zusatzausrüstung |
| 11. Berufsangebots (Präsidium) | - Ergebnis der Berufungsverhandlungen |
| 12. Rufannahme oder Rufablehnung | - der Berufene nimmt an, dann Einstellung, oder er lehnt ab |

ÄNDERUNGEN BEI LANGZEITSTUDIENGEBÜHREN

Urlaubssemester und verschiedene Ausnahmetatbestände werden weggekürzt

von Imke Buß

Böse Überraschungen warteten vor Kurzem in vielen Briefkästen. 8.000 Studierende bekamen vergangene Woche Briefe, in denen sie zur Zahlung von Langzeitstudiengebühren aufgefordert wurden. Damit hatte ein Großteil von ihnen nicht gerechnet, da sie glaubten, aufgrund von verschiedenen Ausnahmetatbeständen oder Beurlaubung in den vergangenen Semestern noch nicht zahlen zu müssen. So werden die Änderungen des NHG vom Dezember 2005 für viele Studierende bereits im nächsten Semester schmerzlich spürbar. Bei der Feststellung der Langzeitstudiengebührenpflicht sind nun nämlich nicht mehr die Fachsemester, sondern die Hochschulsemester entscheidend! Im Gegensatz zu den Fachsemestern werden hierbei aber auch

Urlaubssemester einberechnet. Während eines Urlaubssemesters müssen weiterhin keine (Langzeit-)Studiengebühren gezahlt werden.

Beispielsweise wird eine BWL-Studentin (neun Semester Regelstudienzeit) im 14. Hochschulsemester, die aufgrund von Krankheit und Auslandsaufenthalt zwei Urlaubssemester genommen hat (sich also nach alter Regelung im 12. Fachsemester befindet) nach neuer Regelung bereits zahlungspflichtig. Dies ergibt sich aus der Abschaffung der Studienguthaben, denn diese berechneten sich nach den tatsächlich studierten Semestern. Solche, in denen man keine Leistungen in Anspruch genommen hat, wurden nicht berücksichtigt.

Änderungen gibt es auch bei vielen Ausnahmetatbeständen. Tä-

tigkeiten in Organen der Hochschule, der Studierendenschaft oder der Studentenwerke führen nicht mehr zu einem Aufschub der Zahlungspflichtigkeit. Nur die Tätigkeit als Frauen-/Gleichstellungsbeauftragte bleibt als Ausnahmetatbestand erhalten. Auch Studienabschlussnähe ist ab WS 06/07 kein Grund mehr, keine Langzeitstudiengebühren zahlen zu müssen. Für Kindererziehung und die Pflege Angehöriger sind im neuen Gesetz etwas großzügigere Regelungen geschaffen worden. Wer ein Kind nach § 25 Abs. 5 BAföG betreut muss keine Gebühren zahlen, bis das Kind 14 Jahre alt ist. Gleiches gilt für Studierende, die einen nach einem Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen pflegebedürftigen nahen Angehörigen pflegen.

Auslandsaufenthalte oder praktische Studiensemester, die in der Studienordnung vorgesehen sind, erhöhen nicht die Anzahl der Hochschulsemester. Promovenden sind grundsätzlich von Gebühren freigestellt.

Da allgemeine Studiengebühren im Wintersemester 2006/07 nur für Erstsemester kommen und die höheren Semester noch Vertrauensschutz genießen, schien es selbstverständlich, dass dies auch für die Änderungen bei den Langzeitstudiengebührenregelungen gelten würde. Doch das Ministerium braucht anscheinend dringend Geld und kassiert dies nun unter anderem durch den Wegfall der Urlaubssemester: denn Langzeitstudiengebühren kommen nicht den Universitäten zu gute sondern versickern nur im Haushaltsloch des Landes.

ZUKUNFT DER HOCHSCHULEN: VERANSTALTUNGEN ZU AUSWIRKUNGEN DER FÖDERALISMUSREFORM UND DEM "VORBILD USA"

Das AStA-Hochschulreferat plant für Anfang Juli zwei Podiumsdiskussionen zum Thema ‚Zukunft der Universitäten‘. Los geht es am kommenden Donnerstag, den 06. Juli um 18 Uhr in ZHG 101. Hier sollen kurzfristige Perspektiven, insbesondere der bildungspolitische Gehalt der Föderalismusreform und die Frage der Leistungsfähigkeit der Länder diskutiert werden; auch die Frage der Hochschulfinanzierung wird hier von Interesse sein. Die Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit dem Außenreferat organisiert.

Auf dem Podium vertreten sein werden Thomas Oppermann, ehemals niedersächsischer Wissenschaftsminister und derzeit Mitglied des Deutschen Bundestages, der Göttinger Staatsrechtler Professor Dr. Christoph Möllers sowie Christian Berg, Mitglied des Vorstandes beim freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), des Bundesverbandes der deut-

schen ASten. Die Moderation der Veranstaltung übernimmt AStA-Hochschulreferent Sebastian Ehrlich (ADF).

In der folgenden Woche sollen im zweiten Teil der Veranstaltungsreihe die langfristigen ‚Visionen‘ für das deutsche Hochschulwesen diskutiert und beleuchtet werden. Wo wollen wir hin und wie können wir das erreichen? Welches Potential steckt im deutschen Hochschulwesen?

Insbesondere soll der ‚Blick über den großen Teich‘ gewagt werden. Was können wir *in puncto* Universitäten von Amerika lernen – was aber auch gerade nicht? In wie weit sind Harvard, Princeton und das MIT tatsächlich Vorbilder für Entwicklungen auch in unseren Landen? Wie sieht die Hochschullandschaft in Amerika auch abseits der wohl bekannten Leuchttürme aus? Der zweite Teil der Veranstaltungsreihe findet am 10. Juli um 18 Uhr im ZHG 104 statt.

FAQ – Frequently Asked Questions

Beim Verteilen des Wadenbeißers oder auch per E-Mail werden uns zum Teil immer wieder die gleichen Fragen gestellt:

Warum heißt euer Blatt eigentlich "Wadenbeißer"?

Die Idee, eine eigene Zeitung zu publizieren, um die eigenen Standpunkte darzulegen und Studierende über aktuelle Themen zu informieren, entstand vor vielen Jahren, als die ADF noch in der Opposition war. Da uns die "Linken" damals übermächtig erschienen und wir auch nicht erahnen konnten, eine so einflussreiche Gruppe zu werden, haben wir unsere Zeitung "Wadenbeißer" genannt (für die "Kleinen", die die "Großen" anstacheln).

Wo bekomme ich ältere Ausgaben des Wadenbeißers?

Ältere Ausgaben des Wadenbeißers finden sich als pdf-Datei in unserem Online-Archiv auf unserer Homepage unter: www.wadenbeisser-online.de.

Was heißt ADF?

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder.

Welcher politischen Richtung gehört ihr an?

Keiner. Wir sind politisch unabhängig und verstehen uns als Interessenvertretung der Studierenden. Die "Linken" bezeichnen uns gerne als "rechts"; nur finden wir das ziemlich absurd, gründet sich diese Behauptung doch einzig darauf, dass wir im Wadenbeißer des Öfteren vor allem gegen die zum Teil extrem links ausgerichteten Gruppen argumentieren. (Dafür muss man aber nicht "rechts" sein.)

Wie kann man bei der ADF mitmachen?

Ganz einfach. Kommt einfach zu einem unserer Mitgliedertreffen. Diese finden jeden Montag um 20 Uhr im Seminarraum im AStA-Gebäude statt. Dort diskutieren wir die aktuellen hochschulpolitischen Fragen.

**WAS FÜR EIN MODUL-THEATER! –
STUDIERENDE INSZENIEREN KOMÖDIE**

Der Bologna-Prozess zieht un-aufhaltsam seine Kreise – mit zum Teil bestenfalls als wunderlich zu bezeichnenden Konsequenzen. Längst Zeit also, sich mit Bachelor-Boom und Master-Manie kreativ und komisch auseinanderzusetzen.

Wie das einigen wackeren und engagierten Latein- und Griechischstudenten gelungen ist, lässt sich am 12. und 13. Juli trefflich begutachten. Als Grundlage für „Die Wolken der Modularisierung“ diente ein Stück des berühmten athenischen Komödiendichters Aristophanes, der im 5. Jh. v. Chr. in seinen Stücken auch die hohen Herren seiner Stadt mit scharfer Zunge aufs Korn nahm,

um auf Missstände und Defizite aufmerksam zu machen. Das haben sich auch die Bearbeiter der Jetztzeit zu Herzen genommen: Schließlich heißt auf Italienisch „einen schlechten Eindruck machen“ nicht ganz umsonst „fare brutta figura“... So wurden die „Wolken“ umgeschrieben und neu interpretiert zu einer turbulenten und äußerst unterhaltsamen Hochschulkomödie über Reformirrsinn und Gebührenwahn (Gaststar: Paris Hilton), die man auf keinen Fall verpassen sollte.

Termine: 12. und 13. Juli, jeweils 19.30, Aula der ehemaligen erziehungswissenschaftlichen Fakultät (Waldweg 26). Der Eintritt ist frei.

**GÖTTINGER PHYSIKER SAMWER IN DEN
VORSTAND DER DPG GEWÄHLT**

Der Göttinger Physiker Professor Dr. Konrad Samwer gehört seit April 2006 dem Vorstand der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) an. Für seine zweijährige Amtszeit ist der renommierte Wissenschaftler in dem zehnköpfigen Leitungsgremium für den Bereich Zeitschriften zuständig. In dieser Funktion ist er Mit-herausgeber der Mitgliederzeitschrift „Physik Journal“. Außerdem betreut er das Open Access-Magazin „New Journal

of Physics“, das gemeinsam mit dem Institute of Physics in London (England) produziert wird.

Konrad Samwer forscht seit sieben Jahren am I. Physikalischen Institut der Universität Göttingen. Für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Gläser und des Magnetwiderstandes in dünnen Schichten wurde der Physiker 2004 mit dem höchstdotierten deutschen Forschungspreis, dem Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis, ausgezeichnet.

**ASTA ÜBERTRÄGT WM-SPIELE –
5 MAL 2 KARTEN FÜR FINALE ZU GEWINNEN**

Stadionatmosphäre pur herrscht jedes Mal in den großen Hörsälen des ZHG, wenn die WM-Spiele der deutschen Fußball-Nationalmannschaft angepiffen werden. Denn auch in diesem Jahr überträgt der AStA wieder die Spiele unserer Nationalmannschaft live im ZHG.

Da die Uni-Verwaltung sich in diesem Jahr überlegt hat, je nach Termin bis zu 700 Euro Miete zu kassieren und die kostspielige Anwesenheit von Feuerwehrleuten, Sanitätern und eines Sicherheitsdienstes zu verlangen, ist eine kostenlose Übertragung wie vor vier Jahren leider nicht mehr möglich.

Mit 1,99 Euro Eintritt und 1,30 Euro für einen halben Liter Bier hat der AStA-Finanzreferent Christian Zigenhorn (ADF) dennoch dafür gesorgt, dass die Studierenden die WM im Vergleich etwa zu der Übertragung

in der Lokhalle sehr günstig genießen können.

Zum Redaktionsschluss dieses Wadenbeißers stand leider noch nicht fest, ob die deutsche Nationalmannschaft das WM-Finale erreichen wird. Das Finale am Sonntag, 9. Juli um 20 Uhr wird jedoch auch unabhängig von einer Beteiligung der deutschen Mannschaft im ZHG übertragen. Der Vorverkauf findet am Donnerstag und Freitag vor dem Spiel jeweils von 11 Uhr bis 13 Uhr im AStA, Gøßlerstraße 16a, statt. Für den Hörsaal 011 verlost die ADF fünf mal zwei Karten.

Um zwei dieser Karten zu gewinnen, einfach bis Donnerstag, den 6.7. um 11 Uhr eine E-Mail mit Name und Telefonnummer an wm@wadenbeisser-online.de schreiben und folgende Frage beantworten: „Wie viele Studierende sitzen in einer großen Berufungskommission?“

**PROGRAMM DER
UNI-KINOS**

| | |
|---|---|
| Montag, 03.07. Der Rote Kakadu | Dienstag, 11.07. Final Destination 3 |
| Donnerstag, 06.07. Solange du da bist | Mittwoch, 12.07. NVA |
| Montag, 10.07. Sommer vorm Balkon | Montag, 17.07. Die Reise der Pinguine |

Montag: clubkino
Dienstag: oscar
Mittwoch: MEMO
Donnerstag: campusfilm

Jeweils 19:30 Uhr, ZHG 011

www.kopie.de

klartext GmbH • print- & medien-service • Weender Landstr. 8-10 • 37073 Göttingen • Email: info@kopie.de



**WIR KÖNNEN NICHT KLONEN,
aber kopieren, drucken, binden!**

Sie benötigen Briefpapier, Visitenkarten,
Bedienungsanleitungen oder eine Imagebroschüre?

Wir beraten Sie gern über die modernen Möglichkeiten
des digitalen Offsetdrucks und des „printing on demand“.
Unser geschultes Fachpersonal steht Ihnen gern
beratend zur Verfügung.

klartext
print- & medien-service

Telefon: 0551/499 700

SUB ZUM DRITTEN MAL IN FOLGE AUF PLATZ EINS IM BIBLIOTHEKSINDEX BIX – ERNEUT SPITZENPLATZ UNTER DEN ZWEISCHICHTIGEN UNIBIBLIOTHEKEN

Zum dritten Mal in Folge ist die SUB für ihre herausragenden Leistungen in den Bereichen Angebot, Nutzung und Entwicklung ausgezeichnet worden. In der Kategorie der so genannten zweischichtigen Universitäten – das sind Bibliothekseinrichtungen, die mehrere Teilbibliotheken umfassen – belegt sie damit den ersten Rang im Bibliotheksindex BIX. An der aktuellen Studie des Deutschen Bibliotheksverbandes haben insgesamt 73 Fachhochschul-

und Universitätsbibliotheken teilgenommen.

Der Medienbestand der SUB umfasst mehr als 3,9 Millionen Bände, 1,4 Millionen Mikroformen, 16.000 Print-Zeitschriften, 13.000 Handschriften, 3.100 Inkunabeln, 300.000 Karten und Pläne, 350 Nachlässe von Wissenschaftlern, 300 Datenbanken sowie umfangreiche digitale Bestände. Zusätzlich bestehen an der Universität Göttingen weitere 143 selbstständige Teilbibliotheken an Instituten und

Seminaren. Fast 1,6 Millionen Besucher nutzen jährlich das vielfältige Dienstleistungsangebot der SUB. So erreicht die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen auch bei der Nutzung Spitzenwerte. Im vergangenen Jahr konnten mehr als acht Millionen Euro an Dritt- und Sondermitteln eingeworben werden. Damit übertrifft die SUB die Drittmittelquote der nächstplatzierten Bibliotheken um das Doppelte.

NEUE STRECKEN IM SEMESTERTICKET

Zum 1. Oktober wird die Gültigkeit des Semestertickets um zwei Strecken erweitert. Hinzu kommt zum einen die Strecke von Holzminden nach Paderborn über Ottbergen der NordWestBahn, zum anderen die eurobahn-Strecke von Bodenburg nach Bünde über Hildesheim, Elze, Hameln und Löhne.

Auf den bisherigen Strecken gilt das Semesterticket unverändert weiter, dies gilt auch für die Strecken von Göttingen nach Kassel und Bad Hersfeld, die ab Dezember nicht mehr von der Deutschen Bahn sondern von der Bahngesellschaft Cantus betrieben werden. Das Semesterticket kostet im Wintersemester 50,69 Euro, dieser Betrag wird zusammen mit der Rückmeldung von der Universität eingezogen. Bei Fragen zum Semesterticket könnt ihr dem Semesterticketbeauftragten unter semesterticket@asta.uni-goettingen.de jederzeit eine E-Mail schreiben.

IMPRESSUM

Redaktion

Imke Buß, Andre Dorenbusch, Andrea Fiege, Andreas Lompe, Ralf Mayrhofer, Kai Horge Oppermann, Gerhard Riewe, Christian Zigenhorn

Chefredakteur / Layout

Andrea Fiege (V.i.S.d.P.)

Auflage

7.000 Exemplare

ISSN

1862-1864

ADF

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Fachschaftsmitglieder
c/o FSR Wiwi

Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen

www.adf-goettingen.de
adf@stud.uni-goettingen.de

Anmerkungen der Redaktion:
Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text verunstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die Leserin', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.



Wir feiern anders!

jeden Mittwoch - Uni Nacht

Klar, wir hätten unsere Party auch staubtrocken machen können...oder zäh wie Gummi!
Wir haben's uns aber anders überlegt- und das ist dabei rausgekommen!

Göttingens größte Uni Party
von Alternativrock bis Housemusic
Eintrittsermäßigung und Rabatt für
Studenten - Getränke zum Aktionspreis u.v.m.



Berliner Str.5 - 37073 Göttingen

SAVOY

www.club-savoy.de